Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 6

Vorwort: Kein politisches Liebesverhältnis
Autor: Hubacher, Helmut

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kein politisches Liebesverhältnis

Von Helmut Hubacher

In Basel-Stadt haben SP, Progressive Organisationen (POB/POCH) und Grüne Alternative Basel (GAB) für die kommenden Nationalratswahlen eine Listenverbindung beschlossen. Dieser Entscheid löste zum Teil aufgeregte Reaktionen aus. Viele haben zuvieles hineininterpretiert. Auffallend regelmässig regen sich hauptsächlich bürgerliche Politiker darüber auf. Die SP habe Listenverbindungen grundsätzlich doch immer abgelehnt – und nun das, jammert die politische Konkurrenz.

Was ist in Basel passiert? Hat die SP wirklich den politischen Verstand verloren oder hat sie die Gunst der Stunde genützt? Und, vor allem, was hat die erwähnte Listenverbindung zu bedeuten?
Das Basler Wahlgesetz wurde vor noch nicht allzu langer Zeit revidiert. Die SP befürwortete dabei u.a. das Verbot von Listenverbindungen. Sie blieb mit diesem Antrag in der Minderheit. Für bürgerliche Parteien gehört die Listenverbindung zum taktischen Instrumentarium, auf das sie nicht verzichten wollen. FDP, CVP und LDP (Liberal-demokratische Partei) praktizieren denn auch seit Jahrzehnten verbundene Listen. Diese Normalität war bisher ihre exklusive Spezialität. Strengste Prinzipien hinderten die SP daran, eine Listenverbindung nur schon in Erwägung zu ziehen. Der nun vollzogene Schrittwechsel wird da und dort bereits als politischer Kurswechsel ausgelegt. Die rot-grüne «Volksfront» geistert daher zwischen den Traueranzeigen bürgerlicher Betroffenheit herum.
Was bedeutet die Listenverbindung?
Was bedeutet sie nicht?
In Basel-Stadt verlor die LDP 1983 ihr jahrzehntelang gehaltenes Nationalratsmandat. Sie möchte es im Herbst zurückholen. SP, POB und GAB wollen dieses Comeback wenn immer möglich verhindern. Ihr gemeinsames Interesse liegt darin, den früheren LDP-Sitz im progressiven Lager zu behalten. Die zu diesem Zweck eingegangene Listenverbindung kommt einer politischen Risikoversicherung gegen unnötige Verluste an die Rechte gleich. Sie stellt ein wirksames Gegengewicht zur Listenverbindung von FDP, CVP und LDP dar.
Die Gemeinsamkeit von SP, POB und GAB untereinander ist grösser als die mit dem Bürgerblock. Anders formuliert: Das gemeinsame Interesse führte zum Versuch, die Liberalen am Erfolg zu hindern. Dabei behalten SP, POB und GAB ihre Identität, d.h. Listenverbindung bedeutet weder ein gemeinsames Wahlprogramm noch werden bestehende Meinungsunterschiede geleugnet. Jede Partei führt ihren eigenen Wahlkampf. Listenverbindung ist kein Liebesverhältnis, ist schon gar keine Liebesheirat, sondern ist ein politischer Zweckverbund bei voller gegenseitiger Unabhängigkeit. Die drei Parteien machen von einem gesetzlichen Recht Gebrauch, das bisher als taktisches Hilfsmittel refüsiert worden, d.h. durch freiwilligen Verzicht ein Monopol der Bürgerlichen war.

Der Anstoss zur Listenverbindung kam von der SP. Das ist kein Zufall. Bei unserem Vielparteiensystem müssen die Mitte-links-Kräfte sozusagen im höheren Interesse eigene Parteigrenzen dann überspringen, wenn durch Listenverbindung mögliche Vorteile wahrgenommen werden können.

Um im eidgenössischen Parlament neue Mehrheiten zu ermöglichen, ist eine Stärkung der Mitte-links-Formation unumgänglich. Der von den Umweltorganisationen publizierte Umwelttarif und der von der SP und vom SGB vorgesehene Sozialtarif beweisen, dass die bürgerliche Mehrheit anders von der «doppelten Nullösung» nicht abkommen wird. Ihr Unvermögen im Umwelt- und im Sozialbereich ist evident. Bei entscheidenden Abstimmungen im Nationalrat fehlten meistens 20 bis 30 Stimmen. Etwa 15 Mandate sollten von rechts in die Mitte-links verschoben werden. Das sind auf der einen Seite 15 Stimmen weniger und auf der anderen 15 Stimmen mehr, macht zusammen 30. Allein schafft das die SP nicht.

Die Lösungskapazität der bürgerlichen Parlamentsmehrheit ist gering geworden. Ein Verbleiben der SP in der Isolation wäre die falsche Antwort. Das soziale Bündnis zwischen SP und Gewerkschaften braucht Verstärkung. Mit den richtigen Partnern zusammenzuspannen liegt im Allgemeininteresse. Damit wir unseren Nachfahren eine intakte Heimat und nicht eine kaputte Umwelt hinterlassen können.